



## ZDF-Politbarometer-Extra Bayern September 2013

ZDF-Politbarometer-Extra Bayern September 2013  
Absolute Mehrheit für CSU in greifbarer Nähe FDP muss um Wiedereinzug in den Landtag bangen  
Gut eine Woche vor der Landtagswahl in Bayern kann die CSU auf eine absolute Mehrheit hoffen, die FDP hingegen könnte an der 5-Prozent-Hürde scheitern. Projektion: Wenn schon am nächsten Sonntag gewählt würde, dann käme die CSU auf 48 Prozent, die SPD auf 20 Prozent, die Freien Wähler auf 8 Prozent, die Grünen auf 10 Prozent und die FDP auf 4 Prozent. Alle anderen Parteien blieben jeweils unter 3 Prozent, sind deshalb einzeln nicht seriös ausweisbar und lägen zusammen bei 10 Prozent. Diese Projektionswerte geben lediglich das Stimmungsbild für die Parteien zum jetzigen Zeitpunkt wieder und stellen keine Prognose für den kommenden Wahlausgang dar. Neben den unvermeidbaren statistischen Fehlerbereichen von Umfragen sind als weitere Unsicherheitsfaktoren die unterschiedliche Mobilisierungsfähigkeit der Parteien, aktuelle politische Ereignisse und Entwicklungen sowie der Anteil der noch unsicheren Bürger zu nennen. So sind zurzeit 46 Prozent der Befragten noch nicht sicher, ob oder wen sie wählen wollen (sicher: 54 Prozent). Bei der letzten Landtagswahl 2008 kam die CSU mit sehr großen Verlusten nur auf 43,4 Prozent, und die SPD fuhr mit 18,6 Prozent ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis ein. Dagegen hatten die Freien Wähler mit 10,2 Prozent, die Grünen mit 9,4 Prozent und die FDP mit 8,0 Prozent jeweils Rekordergebnisse. Die Linke erreichte 4,4 Prozent und die anderen Parteien zusammen 6,0 Prozent. Alleinregierung der CSU: Mehrheitlich weder gewünscht noch erwartet  
Eine Alleinregierung der CSU nach der Landtagswahl fänden 37 Prozent aller Befragten gut, eine Mehrheit von 58 Prozent aber schlecht (weiß nicht: 5 Prozent). Die meisten Anhänger der CSU (67 Prozent) wünschen sich dagegen eine absolute Mehrheit für die Partei ihrer Wahl, 31 Prozent in den eigenen Reihen lehnen sie ab (weiß nicht 2 Prozent). Auch vor früheren Landtagswahlen wurde eine CSU-Alleinregierung - unabhängig vom späteren Ergebnis - in den Umfragen stets mehrheitlich nicht gewollt. Insgesamt rund ein Drittel (34 Prozent) glaubt, dass es zu einer CSU-Alleinregierung in Bayern kommen wird, 59 Prozent rechnen nicht damit (weiß nicht: 7 Prozent). Und anders als beim Wunsch unterscheiden sich bei der Erwartung die Einschätzungen der CSU-Anhänger (es kommt dazu: 36 Prozent; nicht dazu 57 Prozent; weiß nicht: 7 Prozent) kaum von der Gesamtheit. Gewünschter Ministerpräsident: Seehofer mit großem Abstand vor Ude  
Bei der Frage, wen die Bayern lieber als Ministerpräsidenten hätten, liegt Amtsinhaber Horst Seehofer mit 59 Prozent deutlich vor seinem SPD-Herausforderer Christian Ude mit 31 Prozent. Keinen von beiden wünschen sich 4 Prozent, und insgesamt 6 Prozent können sich nicht festlegen (weiß nicht: 4 Prozent, kenne Ude nicht: 2 Prozent). Dabei fällt die Unterstützung in den eigenen Reihen für Seehofer (CSU-Anhänger: 90 Prozent) wesentlich stärker aus als für Ude (SPD-Anhänger: 72 Prozent). Auch vor der Landtagswahl 2008 war der Vorsprung des damaligen CSU-Ministerpräsidenten Günther Beckstein (55 Prozent) vor dem SPD-Kandidaten Franz Maget (25 Prozent) bei der Frage nach dem gewünschten Regierungschef ähnlich groß. Kompetenzen: CSU wird am meisten zugetraut  
Sowohl in den Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft als auch bei der Familienpolitik und dem zurzeit wichtigsten Thema in Bayern, Schule und Bildung, wird jeweils der CSU die mit Abstand größere Kompetenz zugesprochen. 53 Prozent setzen in Wirtschaftsfragen und 48 Prozent bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze auf die CSU, nur 15 Prozent (Wirtschaft) beziehungsweise 20 Prozent (Arbeitsplätze) auf die SPD (andere Parteien bleiben hier jeweils unter 3 Prozent; keine Partei: 14 Prozent bzw. 10 Prozent; weiß nicht: 13 Prozent bzw. 14 Prozent). Auch in Sachen Familienpolitik liegt die CSU mit 39 Prozent deutlich vor der SPD mit 23 Prozent, allerdings finden hier auch die Grünen (8 Prozent) und die Freien Wähler (4 Prozent) Erwähnung (keine Partei: 5 Prozent, weiß nicht: 17 Prozent). Beim Thema "Schule und Bildung" kommt die CSU mit 33 Prozent auf einen vergleichsweise schwachen Wert, 25 Prozent sehen hier eher bei der SPD und 6 Prozent bei den Grünen die besseren Fähigkeiten (keine Partei: 7 Prozent, weiß nicht: 20 Prozent). PKW-Maut: Mehrheit erwartet keine Umsetzung  
Mit 58 Prozent bezweifeln die meisten Befragten in Bayern, dass es nach der Bundestagswahl mit einer CDU/CSU-geführten Regierung zu einer PKW-Maut für Fahrzeuge aus dem Ausland auf deutschen Autobahnen kommen wird. 40 Prozent gehen davon aus, dass dieses von Horst Seehofer geforderte, aber von Angela Merkel abgelehnte Vorhaben auch umgesetzt wird. Diese Einschätzung teilt mit 56 Prozent auch die Mehrheit der CSU-Anhänger, von denen 42 Prozent nach der Bundestagswahl mit einer solchen Maut rechnen (weiß nicht: jeweils 2 Prozent). Die Umfragen zu diesem Politbarometer-Extra wurden wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 3. bis 5. September 2013 unter 1010 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Bayern telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die dortige wahlberechtigte Bevölkerung. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteienanteil von 40 Prozent gut +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteienanteil von 10 Prozent gut +/- zwei Prozentpunkte.  
<http://twitter.com/ZDF>  
Fotos sind erhältlich über die ZDF-Pressestelle, Telefon: 06131 - 70-16100, und über <http://bilderdienst.zdf.de/presse/politbarometer>  
Internet: [pressetreff.zdf.de](http://pressetreff.zdf.de)  
e-mail: [presse@zdf.de](mailto:presse@zdf.de)  
Fon: +49 6131 / 70-12120/1

### Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

[presse@zdf.de](mailto:presse@zdf.de)

### Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

[presse@zdf.de](mailto:presse@zdf.de)

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.